Nina **Warken** MdB

Newsletter

Zuhören. Anpacken. Umsetzen.

Nr. 5/2022

Liebe Leserinnen,
Lieber Leser,

wie so häufig in den letzten Wochen und Monaten war diese Sitzungswoche wieder gefüllt mit Themen, die auch mir persönlich sehr nahe gehen. Dabei denke ich zum aktuellen Zeitpunkt natürlich vor allem an den Krieg in der Ukraine und die vielen Menschen, die so großes Leid und tiefe Verzweiflung erfahren. Daneben bestimmt die Coronapandemie weiter unser alltägliches Leben. Zwar sind an den meisten Orten in Deutschland Regelungen zur Eindämmung der Pandemie, wie die Maskenpflicht, ausgelaufen und die Infektionszahlen sinken seit einigen Tagen wieder. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir unvorsichtig werden dürfen. Nur weil die Pflicht zum Tragen einer Maske abgeschafft wurde, bedeutet das nicht, dass wir dies insbesondere in Innenräumen nicht weiter tun sollten. Hier appelliere ich aus tiefster Überzeugung an uns alle, weiterhin dieses einfache aber ungemein effektive Mittel des Gesundheitsschutzes zu tragen!

Ihre
Nina Warken

Wöchentliche Telefonsprechstunde

Jeden Mittwoch
von 11 - 12 Uhr
unter 0 93 41 - 858 91 91

Ampel verliert sich bei Impfdebatte in Gruppenanträgen

Die Ampel hat sich bei der Debatte um eine Coronaimpfpflicht in Gruppenanträge geflüchtet, statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden und mit einer Stimme einen tragfähigen Gesetzentwurf einzubringen. Das Ergebnis: Bei der Abstimmung am Donnerstag war kein Vorschlag mehrheitsfähig. Die CDU/CSU hat vor Wochen ein der aktuellen Lage angemessenes Konzept vorgeschlagen. Mit dieser Geschlossenheit haben wir Verantwortungsbewusstsein in schweren Zeiten gezeigt. Unser Konzept schafft verhältnismäßige Voraussetzungen, falls im Herbst eine neue Virusvariante eine Impfpflicht nötig machen sollte.

Was beinhaltet das von der Union eingebrachte Konzept?

1. Ein Impfregister, das uns eine breite Datengrundlage schafft.
2. Einen Impfmechanismus, der keine starre Impfpflicht, etwa für bestimmte Altersgruppen, vorsieht.
3. Eine verbesserte Impfkampagne.

Auch wenn die Ampel mit ihrem Antragswirrwarr krachend gescheitert ist, bleibt klar, dass wir dringend vorsorgen müssen, falls im Herbst eine schwerwiegendere Virusvariante auf uns zukommt. Darum bleibt die Union gesprächsbereit, wenn die Regierungsfraktionen an einer vorausschauenden, sachgerechten Lösung interessiert sind. Wir sind bereit, weiter Verantwortung zu übernehmen und das Beste für die Menschen in unserem Land zu erreichen!

Zum Video meiner Rede im Plenum des Bundestages kommen Sie hier.

Nach langer Pause wieder Schulbesuch aus der Heimat

Berlin/Bad Mergentheim. Nach einer längeren Winter- und Coronapause war in dieser Woche endlich wieder eine Schulgruppe aus der Heimat in Berlin. Derzeit sind Führungen und Gespräche in den Liegenschaften des Bundestages noch nicht wieder möglich, aber mit der 10. Klasse der Mädchen- und Jungenrealschule St. Bernhard konnte ich mich immerhin auf einen kurzen Austausch an der Spree treffen – darüber habe ich mich sehr gefreut.

Krieg in der Ukraine auch dieses Mal wieder zentrales Thema der Sitzungwoche

Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg – im wortwörtlichen Sinne – nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit. Für meine Bundestagsfraktion folgt daraus: Erstens braucht die Ukraine mehr Waffen. Bundeskanzler Scholz muss bei der Unterstützung der Ukraine endlich das Heft des Handelns ergreifen. Er muss den unwürdigen Streit über Waffenlieferungen innerhalb der Bundesregierung zwischen Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenministerium beenden. Zweitens muss die Bundesregierung Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen. Drittens müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland unverzüglich minimieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierfür endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit vorzulegen. Unsere Aufforderung an die Bundesregierung gilt auch bei der Hilfe für die Opfer des Krieges, insbesondere die geflüchteten Frauen und Kinder. In unserem Leitantrag „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ zeigen wir auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, endlich einen Masterplan umzusetzen. Die Ampel lässt einen solchen weiter vermissen. Auch nach so vielen Wochen fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Alle staatlichen Institutionen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Das sind wir den ukrainischen Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlichen Helferinnen, Helfern und Hilfsorganisationen schuldig.

Umbruch im Energiesektor muss rasch erfolgen

Die Grundlage dafür ist der Beschluss des Bundestages zur Klimaneutralität 2025, der von der Großen Koalition erstmalig beschlossen und von der Ampel übernommen wurde. Was schon immer unser Ziel war, gewinnt nun an nochmaliger Dringlichkeit: Wir müssen Energiesicherheit und Klimaschutz zusammenbringen. Die Vorschläge der Union enthalten konkrete Ideen zu einem massiv beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, zu Energieeffizienz und zu grünem Wasserstoff. Die Bundesregierung muss neben einem Oster- und Sommerpaket unverzüglich ein umfassendes Vorsorgekonzept für den kommenden Winter auf den Weg bringen. Darin müssen schon jetzt alle notwendigen Weichen gestellt werden, damit wir auch ohne russische Energie gut auskommen Die Bundesregierung hat versichert, bis einschließlich Herbst sei die Versorgung ohne Importe aus Russland bereits gewährleistet. Darauf aufbauend müssen jetzt folgende Fragen beantwortet werden: Woher und wie können wir Alternativen zu Gas, Kohle und Öl aus Russland bekommen? Welche Maßnahmen zur Einsparung sind möglich und vertretbar? Welchen Beitrag könnte ein modifizierter Stilllegungspfad bei der Kohlekraft leisten und welchen ein Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke über das Jahresende hinaus? Welches sind die jeweiligen Möglichkeiten, Auswirkungen und Risiken? Das muss umfassend dargestellt werden und es müssen dann die notwendigen Konsequenzen daraus gezogen werden – und zwar jetzt, im Herbst ist das zu spät. Wir brauchen ein strategisches Vorgehen: Was ist bis wann wodurch ersetzbar? Daraus müssen die konkreten Maßnahmen abgeleitet werden.

Text (Ausschnitte): Andreas Jung, klima- und energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zur Vorsitzenden der Wahlrechtskommission gewählt

Am Donnerstag konstituierte sich die neue Wahlrechtskommission des Deutschen Bundestages. Von meiner Fraktion erneut in dieses wichtige Gremium entsandt und von den Mitgliedern zur Vorsitzenden gewählt worden zu sein, ist mir eine große Ehre. Reformen in unserem Wahlrecht sind dringend notwendig und es ist mir ein persönliches Anliegen, hier einen entscheidenden Beitrag leisten zu können. Die Spitze ist paritätisch besetzt, sodass ich das Amt gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Johannes Fechner von der SPD ausübe. Im Mittelpunkt stehen Themen, wie die Begrenzung der Vergrößerung des Bundestages über dessen Regelgröße hinaus, das Wahlrecht ab 16 Jahren und die Dauer einer Legislaturperiode. Außerdem werden wir Vorschläge zur Modernisierung der Parlamentsarbeit entwickeln. Darüber hinaus werden wir Maßnahmen erarbeiten, wie eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen und Männern auf den Kandidatenlisten und im Deutschen Bundestag zu erreichen ist. Die Kommission tagt in der Regel öffentlich und die Sitzungen werden in Echtzeit im Internet übertragen, sodass jeder live mitverfolgen kann, worüber wir diskutieren und wie sich unsere Entscheidungsfindungen gestalten. Die Kommission soll spätestens bis zum 30. Juni 2023 ihre Ergebnisse vorlegen.

Brotprüfung der Bäckerinnung Neckar-Odenwald

Buchen. Auch in diesem Jahr war ich wieder bei der Brotprüfung der Bäckerinnung Neckar-Odenwald in der Zentralgewerbeschule zu Gast. Fest steht: Wir haben tolle Bäckereibetriebe, die ihr Handwerk verstehen und uns mit hochwertigen Produkten tagtäglich ernähren. Regional schmeckt es außerdem am besten! Immer ein schöner Termin. Danke an Obermeister Peter Schlär und auch an dieser Stelle noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch an die teilnehmenden Betriebe aus dem Neckar-Odenwald und Main-Tauber-Kreis zu den hervorragenden Bewertungen!

Spatenstich beim Ganztagsgymnasium Osterburken

Osterburken. Mit dem Spatenstich für den Neubau des Ganztagsgymnasiums in Osterburken (GTO) ist der bauliche Start für die größte Einzelbaumaßnahme in der Geschichte des Neckar-Odenwald-Kreises eingeleitet worden. Das Gebäude soll von den Schülerinnen und Schülern ab dem Schuljahr 2024/25 bezogen werden können. Besonders freut es mich natürlich, dass wir auch aus dem Bund einen satten Zuschuss von rund 2,9 Mio. Euro für dieses wichtige Projekt beisteuern konnten. Das GTO ist wirklich ein besonderer Ort: Der Geist der Schule und das Konzept der gebundenen Ganztagsschule wirken seit fast 60 Jahren weit über die Grenzen der Region hinaus. Auch mit seinem speziellen Baukörper hat das alte GTO Maßstäbe gesetzt, die nun in die nächste Runde gehen.

Austausch mit dem CDU-Kreisvorstand

Neckar-Odenwald-Kreis. Bei der digitalen Sitzung des CDU-Kreisvorstandes haben wir uns über aktuellen Themen in Deutschland, Europa und der Welt ausgetauscht. Mein Kollege Daniel Caspary hat uns europapolitische Einblicke gewährt. Peter Hauk hat als unser Landwirtschaftsminister die Versorgungslage in den Blick genommen und betont, dass die Ernährungssicherheit in Baden-Württemberg gewährleistet ist. Das liegt vor allem auch daran, dass unser Selbstversorgungsgrad sehr hoch ist. In der Diskussion mit den Mitgliedern und dem Kreisvorsitzenden Markus Haas wurde einmal mehr deutlich, wie vielschichtig die Themen sind und wie sehr die globalen Krisen sich vor Ort auswirken. Neben diesem inhaltlichen Austausch standen auch formelle Themen, wie die Planung des nächsten Kreisparteitages, auf dem Programm.

VdK zeigt auch in Krisensituationen großes Engagement

Edelfingen. Auch bei der Kreiskonferenz des VdK Tauberbischofsheim standen der Ukrainekrieg und die herausfordernde Situation der Coronapandemie im Mittelpunkt. Als größter deutscher Sozialverband ist der VdK eine verlässliche Stütze und Ansprechpartner für alle Menschen vor Ort. Das zahlreiche Engagement auch während der Pandemie sowie die große Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber den Geflüchteten aus der Ukraine ist beeindruckend. Gerade in schwierigen Zeiten ist Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung nicht hoch genug einzuschätzen. Daher möchte ich mich nochmals ganz herzlich beim Kreisverband, den Verantwortlichen und allen Mitstreitern bedanken!

instagram.com/nina.warken facebook.com/warkennina twitter.com/ninawarken

Telefon: 030/227 78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM
Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).
Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Erstellung: Katharina Böcker, Layout: Pierre Kneifl, Texte: Nina Warken/Team Warken.
Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titelfoto Nina Warken, S. 1), CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Grafik Ukraine, S. 2), Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel/photothek (Wahlrechtskommission, S. 2) Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (Spatenstich, S. 3), Peter D. Wagner (VdK, S. 3), Team Warken (weitere Fotos).